

B

BERICHT
AUS DEM LANDTAG

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen
und Herren,

Deutschland hat gewählt. Die Wählerinnen und Wähler haben die Politik der CDU unter Bundeskanzlerin Angela Merkel eindrucksvoll bestätigt. Jetzt gilt es, eine handlungsfähige Regierung auf die Beine zu stellen. Eine weitere Botschaft des Wahlabends lautet: Rot-Grün kann es nicht! Das stellt die Regierung Weil seit Monaten immer wieder unter Beweis. Eine angebliche Bildungs-offensive, die auf Kosten der Lehrer finanziert wird, die dreiste Versorgung von Parteigenossen mit eigens geschaffenen Stellen, die Missachtung von Parlamentsrechten, die nur der Staatsgerichtshof stoppen kann, der Amtsmissbrauch der neuen Verfassungsschutzpräsidentin zu Wahlkampfzwecken und nicht zuletzt die „Affäre Paschedag, Meyer, Weil“, die eine Regierungskrise auslöst und einen Untersuchungsausschuss nötig gemacht hat - die Liste der rot-grünen Verfehlungen ist erschreckend lang. Niedersachsen wurde wohl nie schlechter regiert!



Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

**ROT-GRÜN
MASSIV
BESCHÄDIGT**

THEMA DES MONATS

„GLAUBWÜRDIGKEIT DER LANDESREGIERUNG IST MASSIV BESCHÄDIGT“

CDU-Fraktionschef Björn Thümler über die Affäre Paschedag-Meyer-Weil und den eigenwilligen Umgang der Landesregierung mit der Wahrheit.



CDU-Fraktionschef Björn Thümler fordert endlich Klarheit in der Affäre Paschedag-Meyer-Weil.

Foto: dpa

INTERVIEW: FRAGEN AN BJÖRN THÜMLER

Herr Thümler, in den Medien wird seit Wochen regelmäßig über die Affäre Paschedag-Meyer-Weil berichtet. Welche drei Schlagworte fallen Ihnen spontan dazu ein?

Maßlosigkeit, Doppelmoral und Unwahrheit.

Das müssen Sie erklären.

Da ist zum einen ein grüner Staatssekretär, dessen Extrawürste anscheinend nicht groß genug sein können: Angefangen bei einem Gehalt, das unverständlicher Weise über dem liegt, was Staatssekretäre normalerweise in Niedersachsen verdienen. Hinzu kommen eine private Klimaanlage im Büro, deren Einbau offensichtlich dem Steuerzahler aufgedrückt werden sollte und ein Luxus-Dienstwagen mit belüfteten Massagesitzen, der ihm gar nicht zusteht. Das Ganze ist offenbar nur möglich, weil der Agrarminister die Kapriolen seines Staatssekretärs billigt, während er sich selbst öffentlich für seinen ökologisch-bewussten Lebensstil feiern lässt. Als die Affäre aller-



Fotos: dpa

dings öffentlich wird, muss Paschedag als Bauernopfer erhalten, um vom selbstherrlichen Amtsverständnis seines Ministers abzulenken. Wohl aber auch, um den Ministerpräsidenten zu schützen. Dieser verschweigt, auf sein Wissen über die Vorgänge angesprochen, im Plenum wesentliche Fakten.

Sprechen Sie deshalb von einer handfesten Regierungskrise in Niedersachsen?

Ja, die Vorgänge rund um den ehemaligen grünen Staatssekretär Paschedag haben die Glaubwürdigkeit dieser rot-grünen Landesregierung massiv beschädigt. Sie haben die Zweifel an der Regierungsfähigkeit von Rot-Grün zusätzlich verstärkt. Was als so genannter Fall Paschedag begann, hat sich in kürzester Zeit zu einer Affäre Paschedag-Meyer-Weil ausgeweitet: Der Ministerpräsident und sein Agrarminister haben in ihren Einlassungen zum Fall Paschedag gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament die Unwahrheit gesagt.

Sie stehen daher auch im Mittelpunkt eines Skandals, dessen Ausmaß wir noch nicht vollständig kennen und der nun in einem Untersuchungsausschuss beleuchtet wird.

Staatssekretär Paschedag ist bereits Anfang September in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Dennoch kritisieren Sie den Umgang des Ministerpräsidenten und des Agrarministers mit der Affäre.

Mit der Absetzung Paschedags ist es nicht getan.

Statt Antworten auf unsere Fragen zum Komplex Paschedag zu erhalten, tauchen immer neue Fragen auf. Das Verhalten der Landesregierung in der Affäre wechselt zwischen total naiv und dummdreist. Zum Beispiel Minister Meyer: Wochenlang steht vor seinem Bürofenster der Audi A8 Paschedags – und Meyer will sich keine Sekunde gefragt haben, warum sein Staatssekretär ein Auto fährt, das sich nicht von der Größe etwa des Dienstwagens des Ministerpräsidenten unterscheidet? Und dann muss Meyer auch noch einräumen, von dem unrechtmäßig bestellten Audi A8 Paschedags bereits seit einigen Wochen gewusst zu haben. Oder Ministerpräsident Weil: Aus seiner öffentlich zur Schau gestellten Nibelungentreue zu Paschedag wurde über Nacht eine Versetzung in den Ruhestand. Schließlich musste die Staatskanzlei kleinlaut einräumen, dass auch Weil mehr mit dem Dienstwagen des Luxus-Staatssekretärs befasst war als er zuvor im Plenum eingeräumt hatte. Die rot-grüne Landesregierung hat sich mehrfach in ihren Angaben zum Fall Paschedag widersprochen. Sie rückt bis heute nur scheinbarweise und unter Druck mit der Wahrheit heraus. Sie eiert herum, verschleiert Zusammenhänge und ver-

schleppt Anfragen – das ist auch ein Teil des Skandals.

Wie sollte Ihrer Meinung mit der Affäre Paschedag-Meyer-Weil weiter umgegangen werden?

Die Affäre muss lückenlos aufgeklärt werden. Es geht um die Wahrheit, Respekt gegenüber dem Parlament und auch um den Umgang mit Steuergeld. Agrarminister Meyer muss endlich zurücktreten – er hat bewiesen, dass er mit der Führung eines Hauses charakterlich und inhaltlich überfordert ist, außerdem hat er im Plenum gelogen als er behauptete, Ministerpräsident Weil habe von den automobilen Sonderwünschen Paschedags nichts gewusst. Die Zusammenhänge beispielsweise rund um den zu großen Dienstwagen und den satten Gehaltszuschlag Paschedags wird der Untersuchungsausschuss ans Licht bringen. Wir wollen wissen, wer aus dieser Landesregierung wann, was gewusst hat und ob es vielleicht weitere kostspielige Eskapaden Paschedags gibt, die Meyer stillschweigend gedeckt hat. Dazu werden wir ganz sicher auch Paschedag selbst im Untersuchungsausschuss anhören.

Die Chronologie der Affäre Paschedag-Meyer-Weil finden sie unter folgendem Link: <http://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de>

AUS DEM PARLAMENT ROT-GRÜNES FINANZGERÜST BRICHT ZUSAMMEN

Neue Schulden, gebrochene Versprechen und zusätzliche Stellen im Regierungsapparat – CDU kritisiert rot-grünen Haushaltsentwurf.

Das Urteil des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Reinhold Hilbers, über den Haushaltsentwurf der Landesregierung ist vernichtend: „Der Entwurf ist wenig engagiert und rückwärtsgewandt – eine einzige Enttäuschung. Nach sieben Monaten im Amt haben SPD und Grüne noch immer keine Botschaft, kein Ziel.“ Die rot-grüne Politik kalkuliere durchweg mit massiven Steuererhöhungen im Bund. „Spätestens seit der Bundestagswahl ist klar: Das rot-grüne Finanzgerüst ist zusammengebrochen – es ist an der Zeit, endlich umzusteuern.“



Reinhold Hilbers, stellvertretender Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Neue Schulden trotz Steuerplus:

Niedersachsens Einnahmen steigen. Dank Rekordsteuerplus und guter Wirtschaftslage hat das Land allein im ersten Halbjahr 2013 über 936 Millionen Euro mehr eingenommen als im Vorjahreszeitraum.

Trotzdem will Rot-Grün 2014 rund 720 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen – 100 Millionen mehr, als von der CDU-geführten Vorgängerregierung für 2013 eingeplant. „Wir haben Rot-Grün solide Finanzen übergeben.

Von Januar bis August dieses Jahres sind außerdem die Einnahmen deutlich stärker gestiegen als die Ausgaben – vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sind die Verschuldungspläne von SPD und Grünen vollkommen absurd“, betont Hilbers.

Dass Finanzminister Schneider das Ende der Neuverschuldung von 2017 auf 2020 verschieben will, stößt bei Hilbers auf Unverständnis: „Eine Schuldenbremse 2020 hieße für Niedersachsen zusätzliche unnötige Schulden von rund 1,2 Milliarden Euro.“

Regierungsapparat

wird aufgeblasen:

Bei der personellen Ausstattung von Staatskanzlei und Ministerien gönnt sich die Landesregierung was: Ganze 141 zusätzliche Stellen sind für das kommende Haushaltsjahr geplant – allein 114 in der Staatskanzlei.

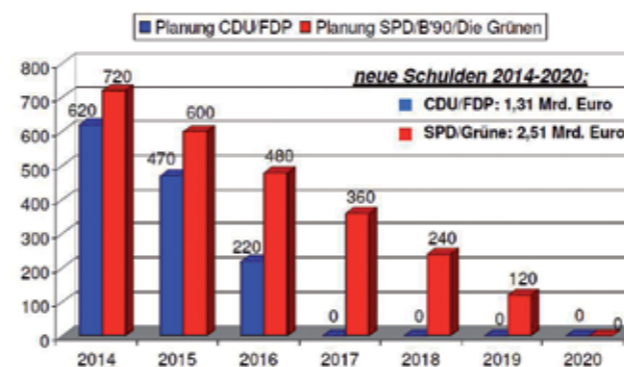
Die Begründung für den Stellenausbau ist dabei wenig stichhaltig. Geplant ist unter anderem die Einsetzung von vier Regionalbeauftragten mit jeweils eigenem Mitarbeiterstab. „Was sollen die eigentlich machen?“, fragt inzwischen auch der Landesrechnungshof.

Kommunalfeindlichkeit:

Rosige Zeiten hatte Ministerpräsident Weil den Kommunen versprochen – die Haushaltsrealität sieht jedoch düster aus. Im kommunalen Straßenbau drohen Kürzungen: bis 2017 rund 62 Millionen Euro. Das entspricht etwa einem Drittel der derzeitigen Mittel. „Ein völlig falsches Signal für den ländlichen Raum“, findet Hilbers. Ähnlich sieht es bei

AKTUELL: RECHTSWIDRIGE DATENSPEICHERUNG?

Zweifelhafte Enthüllungen des Innenministers werfen immer mehr Fragen auf



2014 wollen SPD und Grüne rund 720 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen.

der Grundsicherung aus. Im Wahlkampf hatte die SPD stets gefordert, die Bundesmittel für die Grundsicherung in voller Höhe an die Kommunen weiterzugeben. Davon will die Landesregierung heute nichts mehr wissen und behält ein Fünftel der Mittel (107 Millionen Euro) ein.

Unzuverlässiger Partner:

Die Anpassung der Beamtensoldat an die Tarifentwicklung – aufgeschoben. Die Altersermäßigung für Lehrer – aufgehoben. Hilbers: „Die Landesregierung erweist sich als unzuverlässiger Partner. Wahlversprechen und Regierungswirklichkeit klaffen bei Rot-Grün weit auseinander.“

Es sollte wohl ein geschicktes Manöver der rot-grünen Landesregierung vor der Bundestagswahl werden – herausgekommen ist allerdings ein Eigentor für Innenminister Pistorius. Auf einer eigens einberufenen Pressekonzferenz berichtete der Minister, der Niedersächsische Verfassungsschutz habe Daten von mindestens sieben Journalisten gesammelt – angeblich rechtswidrig. Die vermeintlichen Enthüllungen und der sorgsam inszenierte Gang an die Öffentlichkeit offenbaren allerdings immer mehr Ungereimtheiten als Erkenntnisse.

„Das Timing der Veröffentlichung ist mehr als fragwürdig“,

sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke. „Wenn Verfassungsschutzpräsidentin angehört werden soll. Sollten sich die Vorwürfe erhärten, sei Frau Brandenburger nicht länger bereits im April entdeckt

haben will, warum werden Parlament und Öffentlichkeit dann erst im September, ausgerechnet drei Tage vor der Bundestagswahl, informiert?“

Nicht nachvollziehbar ist zudem, dass Brandenburger die Daten offenbar eigenmächtig löschen ließ, ohne das Parlament oder den Innenminister zu informieren. „Damit hat sie die parlamentarische Aufklärung der Vorwürfe unmöglich gemacht“, betont Nacke. Besonders unverständlich erscheint da die jüngste Ankündigung des Innenministers: Er will jetzt personenbezogene Daten, bei denen ebenfalls Zweifel an der rechtmäßigen Erhebung bestehen, nicht mehr löschen, sondern lediglich sperren lassen. „Diese Einsicht kommt zu spät. Man hätte schon im April so vorgehen müssen“, kritisiert Nacke. Er kündigt eine Sondersitzung des Innenausschusses an, in der auch die Verfassungsschutzpräsidentin angehört werden soll. Sollten sich die Vorwürfe erhärten, sei Frau Brandenburger nicht länger zu halten, so Nacke.

KLARTEXT SO NICHT, ROT-GRÜN!

Gerade mal ein halbes Jahr im Amt, hat es sich Rot-Grün bereits mit Niedersachsens Lehrern verscherzt. Mit Trillerpfeifen und Protestschildern bewaffnet versammelten sich im August über 10.000 von ihnen in Hannover, um ihrem Ärger über die Sparpläne von Kultusministerin Frauke Heiligenstadt Luft zu machen.

Damit haben die 87.000 Lehrer in Niedersachsen nicht gerechnet: Auf ihrer Haushaltsklausur im Juli verkündet die rot-grüne Landesregierung überraschend, die zugesicherte Altersermäßigung für alle Lehrer ab 55 Jahren werde ausgesetzt. Für die Gymnasiallehrer kommt es noch dicker: Sie sollen künftig eine Stunde mehr unterrichten - 24,5 statt wie bisher 23,5 Stunden. In der ersten Jahreshälfte hatte das noch ganz anders geklungen. Im April sprach sich Kultusministerin Frauke Heiligenstadt öffentlich dafür aus, die Altersermäßigung einzuhalten. Im Juni klagte sie auf ihrem Dialogforum „Gymnasien gemeinsam stärken“ über die hohe Arbeitsbelastung der Gymnasiallehrer. Für Kai Seefried, schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, ist die plötzliche Kehrtwende ein Skandal: „Die Pläne sind ein Schlag ins Gesicht der niedersächsischen Lehrer.“

Der Grund für die Maßnahmen ist simpel: Die Landesregierung braucht Geld. Vor der Wahl hatten SPD und Grüne versprochen, deutlich mehr in Bildung investieren zu wollen - durch die geplanten Eingriffe wollen sie Lehrerstellen einsparen. Der Philologenverband fürchtet schulübergreifend die Streichung von bis zu 1900 Stellen. Durch die Mehrbelastung der Lehrer will Rot-Grün nach eigenen Angaben rund 80 Millionen einsparen, die an anderer Stelle wieder in den Bildungsetat fließen sollen. Eine Milchmädchenrechnung, wie Seefried deutlich macht: „Eine erfolgreiche Schulpolitik kann nur mit motivierten Lehrern gelingen. Dass die Landesregierung



Kai Seefried im Interview: Am Rande der Demonstration machte er sich ein Bild von der Stimmung unter den Lehrern.

ausgerechnet bei ihnen sparen will, um das niedersächsische Bildungssystem zu verbessern, ist vollkommen absurd.“

Eine Stunde mehr, ist das wirklich so schlimm? Ja, denn Fakt ist: Mit einer zusätzlichen Unterrichtsstunde ist es nicht getan. Eine Stunde mehr bedeutet für die Lehrer auch mehr Schüler, mehr Klassenarbeiten, mehr Elternabende und mehr Einzelgespräche. Studien zufolge arbeiten Vollzeitlehrer bis zu 70 Stunden pro Woche. Erst kürzlich ermahnte der Niedersächsische Landesrechnungshof die Landesregierung, dem erhöhten Krankenstand älterer Lehrkräfte Rechnung zu tragen. Doch davon will die Kultusministerin nichts wissen. Sie hält die Mehrarbeit für zumutbar. Heftige Kritik an den Plänen der Landesregierung kommt auch von den Bildungs- und Lehrerverbänden. Der Philologenverband bezeichnet die Maßnahmen als „unzumutbares Sonderopfer“. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) spricht von „Wort-



Die Lehrer machen ihrem Ärger über die rot-grüne Landesregierung Luft: Über 10.000 demonstrierten Ende August in Hannover.



bruch“. Höhepunkt der Protestwelle dann die Demonstration in Hannover. Aus allen Landesteilen kamen mehr als 10 000 Lehrer nach Hannover – enttäuscht und wütend.

„Man muss die Lehrer
vor der Regierung Weil
schützen“

„Keine Berufsgruppe hatte bislang unter Rot-Grün so zu leiden, wie die Lehrerinnen und Lehrer – man muss sie vor der Regierung Weil schützen“, sagt Seefried. Denn da ist nicht nur die geplante Mehrarbeit. Auch abschätzige Äußerungen führender Politiker der Regierungsfractionen sorgten in den vergangenen Wochen für Unmut. Gegenüber der Ostfriesenzeitung ließen die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne

Modder und die Grünen-Abgeordnete Meta Janssen-Kucz verlauten, sie fänden es oft „erschreckend, wer da vor der Klasse steht“. „Nicht mal zehn Prozent engagierte Lehrkräfte“, so Modder und Janssen-Kucz weiter, finde man in Niedersachsen. „Wenn führende Politikerinnen von SPD und Grünen solche Behauptungen aufstellen, ist das eine Beleidigung für den gesamten Berufsstand“, kritisiert Seefried. „Offensichtlich teilt die Landesregierung die Einschätzung Gerhard Schröders, der die Lehrer einst in einem Interview als ‚faule Säcke‘ bezeichnet hat.“

Um zu beweisen, dass das Gegenteil der Fall ist, fragt die CDU-Landtagsfraktion nun bei der Landesregierung nach. Seefried: „Wir wollen genau wissen, wie viel Niedersachsens Lehrer tatsächlich arbeiten.“ In ihrem Antrag „So nicht, Rot-Grün!“ fordert die CDU-Fraktion außerdem, die geplanten Einsparmaßnahmen umgehend

zurückzunehmen. „Niedersachsen hat viele hoch motivierte, engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die sich jeden Tag dafür einsetzen, dass jeder Einzelne die besten Bildungschancen erhält“, betont Kai Seefried. „Sie sind es, die für die Ausbildung unserer Kinder maßgeblich Sorge tragen. Die Finanzierung rot-grüner Wahlversprechen darf nicht zu ihren Lasten gehen.“

FRAKTION VOR ORT

SEE-NOT: ALGEN GEFÄHRDEN DÜMMER

CDU fordert schnelle Sanierung von Niedersachsens zweitgrößtem Binnengewässer

Seit mehr als zehn Jahren kämpft der Dümmer See, Niedersachsens zweitgrößtes Binnengewässer, mit einer intensiven Blaualgenentwicklung. Die Pflanzen sorgen für akuten Sauerstoffmangel im Wasser - starke Geruchsbelästigung und Fischsterben sind die Folgen. Martin Bäumer, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, ist besorgt: „Die Situation des Dümmer ist nach wie vor kritisch. Wir müssen mit der Sanierung des Sees endlich vorankommen.“

Gemeinsam mit dem CDU-Arbeitskreis Umwelt war Bäumer im August an den Dümmer gereist, um sich ein Bild von der Lage zu machen. „Vor allem für den Tourismus ist der aktuelle Zustand des Sees ein großes Problem. Der unangenehme Geruch in den Sommermonaten schreckt viele Besucher ab“, so Bäumer. „Sorge bereitet den Menschen in der Region auch die Haltung der Landesregierung. Sie fürchten, die Dümmer-Sanierung könnte unter Rot-Grün ins Hintertreffen geraten.“

Die Befürchtungen sind berechtigt, wie ein Blick in den Haushaltsplanentwurf 2014 zeigt: Im kommenden Jahr stehen rund 500.000 Euro weniger für die Sanierung

des Sees zur Verfügung als bislang. „Der Landesregierung ist die heikle Situation des Dümmer offensichtlich immer noch nicht bewusst“, sagte Bäumer. Denn auch bei der Freigabe von Fördermitteln in Höhe von 350.000 Euro zur Phosphorminderung im Einzugsgebiet des Dümmer treten SDP und Grüne auf die Bremse.

Zum Hintergrund: Der Dümmer speist sich aus der Hunte, deren 324 Quadratkilometer großes Einzugsgebiet vor allem landwirtschaftlich genutzt wird. Das hier ins Wasser gelangende Phosphor begünstigt das intensive Blaualgenwachstum im Dümmer. Um das Problem langfristig zu lösen, müssen gemeinsam mit den ansässigen Landwirten entsprechende Schutzmaßnahmen umgesetzt werden. „Allerdings blockiert Rot-Grün die von der CDU-geführten Landesregierung hierfür bereitgestellten Gelder“, kritisierte Bäumer.

Im Januar hatten CDU und FDP zudem einen umfassenden 16-Punkte-Plan zur Sanierung des Sees auf den Weg gebracht. Für die Jahre 2014/15 wurden für das Projekt bis zu 16 Millionen Euro bereitgestellt. „Wenn sich die rot-grüne Landesregierung jetzt weigert, die Sanierung voranzutreiben, liegt das nicht an fehlenden Voraussetzungen, sondern schlicht am mangelnden Willen“, sagte Martin Bäumer.



Mit einer Fläche 15 Quadratkilometer ist der Dümmer Niedersachsens zweitgrößtes Binnengewässer.

Foto: dpa



Unterwegs auf dem Dümmer: Der Arbeitskreis Umwelt liest sich von Dümmer-Experte Dieter Tornow (4. v. l.) die prekäre Lage des Sees erklären.

TERMINE

3. Oktober 2013

Tag der Deutschen Einheit

4. Oktober 2013 - 18.10.2013

Herbstferien in Niedersachsen

12. Oktober 2013 - 20. Oktober 2013

Messe: Infa

30. Oktober 2013 - 1. November 2013

Plenum des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Telefon (05 11) 3030-4119
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook

<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>